

DIETMAR WITTICH

Allgemeine Verunsicherung

NEUE UMFRAGEN ÜBER POLITISCHEN ALLTAG UND ZUKUNFTSERWARTUNGEN¹
UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE POLITIK DER LINKEN

Die öffentliche Meinung in Deutschland ist zu Beginn des Jahres 2004 durch eine große allgemeine Verunsicherung geprägt. Kennzeichnend dafür sind nicht nur die üblichen politischen Unterschiede, ja Gegensätze zwischen den Befragten, sondern erhebliche Widersprüche in den Meinungsbildern aus Lagebeurteilung und Zukunftserwartung selbst. Die aktuelle Lage wird überwiegend kritisch wahrgenommen, intensiv wird eine komplexe Struktur drängender und ungelöster Probleme reflektiert, es gibt eine weit verbreitete Zukunftsangst. Gleichzeitig aber werden mehrheitlich gerade jene Konzepte, Strategien und die sie tragenden politischen Akteure unterstützt, die für diese verschärfte Problemlage verantwortlich sind und mit denen die Zukunftsängste ursächlich zusammen hängen. Mit einem Wort: Neoliberale Konzepte sind weiter auf dem Vormarsch. Die Chancen für linke Opposition sind gering, aber: Sie sind vorhanden.

Berlin, März 2004

¹ Die Umfrage fand im Oktober und November 2003 statt. Entstanden ist in ihrem Ergebnis eine umfangreiche Studie unter dem Titel »Bürgermeinung '03. Problemwahrnehmung, Zukunftsbilder und Meinungen über politische Akteure«, aus der hier Auszüge angeboten werden. Befragt worden waren anonym schriftlich 2656 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland. Die Stichprobe (West n = 1057, Ost n = 1424) wurde durch entsprechende Korrekturfaktoren (Gewichtung) den Merkmalen des statistischen Durchschnitts der Bevölkerung angepasst und kann für die westdeutschen und ostdeutschen Länder als jeweils repräsentativ gelten. Dass die Stichprobe im Osten deutlich größeren Umfang hatte als im Westen, hängt mit speziellen, nur auf den Osten bezogenen Umfrage- und Auswertungszielen zusammen, die für weitere Studien von Bedeutung sind. Die hier dargestellten Ergebnisse werden dadurch nicht beeinträchtigt. Der durchgängige Analyseschnitt bietet einen zuverlässigen Ost-West-Vergleich.

Vertrauensverlust für die Parteien, wachsende Akzeptanz von Verbänden und Bewegungen

Den höchsten Ja-Wert bei der Frage »Wer vertritt meine Interessen?« erzielte in Ost und West die Friedensbewegung. Und auch Gewerkschaften, Umweltorganisationen, soziale Bewegungen und Globalisierungskritiker erzielten noch höhere Werte als die Parteien. Lediglich die CDU in Ostdeutschland konnte mit 28,3 Prozent in die Phalanx der Bewegungen eindringen (Tabelle 1). Diese Ergebnisse bestätigen die These von der »Parteienverdrossenheit«. Aber dennoch gelten – wie weiter unten zu zeigen sein wird – den Parteien große Ansprüche und Erwartungen.

Betrachtet man die Parteien untereinander, so werden CDU/CSU und SPD am häufigsten als Interessenvertreter benannt. Markant sind die Veränderungen im Osten. Dort, wo die SPD 2002 die für ihren Wahlsieg entscheidenden Stimmen gewonnen hat, führt jetzt mit großem Abstand die CDU. Auf die beiden großen Parteien folgen im Westen auf Platz drei die Grünen, und deutlich zurück, aber viel dichter beieinander, als man das vielleicht erwartet, liegen FDP und PDS. Im Osten hat die PDS Platz drei inne – mit nur kleinen Unterschieden zur zweitplatzierten SPD.

Natürlich gibt es bei der hier angewandten Art der Fragestellung Überschneidungen in den Antworten. So hängt die Orientierung auf SPD und PDS zweifellos mit der Orientierung auf die Bewegungen zusammen, weil sich wichtige Ziele gleichen. Überschneidungen gibt es auch innerhalb der Umfeldler von CDU/CSU und FDP einerseits und SPD, Grünen und PDS andererseits. Innerhalb dieser »Lagerbildung« kommen wechselnde Orientierungen vor. Für die PDS ist es fraglos von

Bedeutung, dass es in ihrem Umfeld Segmente gibt, die auch bei der SPD und den Grünen ihre Interessen vertreten sehen.

Tabelle 1

Bewertung von Parteien, Verbänden, sozialen Bewegungen und anderen Organisationen
 Prozent – sortiert nach »nein« – aufsteigend

| <i>West</i> | vertritt meine Interessen | | |
|-------------------------|---------------------------|----------|------|
| | ja | zum Teil | nein |
| Bewegungen | | | |
| Umweltorganisationen | 30,5 | 48,5 | 21,0 |
| Friedensbewegung | 33,6 | 36,8 | 29,6 |
| Gewerkschaften | 26,4 | 36,0 | 37,6 |
| soziale Bewegungen | 22,2 | 37,6 | 40,2 |
| Globalisierungskritiker | 19,3 | 36,5 | 44,2 |
| Kirchen | 17,7 | 28,5 | 53,8 |
| Parteien | | | |
| SPD | 21,2 | 30,1 | 48,7 |
| CDU/CSU | 17,1 | 34,0 | 48,9 |
| B90/G | 11,9 | 33,2 | 55,0 |
| FDP | 4,0 | 27,2 | 68,8 |
| PDS | 6,1 | 16,3 | 77,7 |
| andere | 4,1 | 9,0 | 86,9 |
| <i>Ost</i> | | | |
| | vertritt meine Interessen | | |
| | ja | zum Teil | nein |
| Bewegungen | | | |
| Friedensbewegung | 36,1 | 37,3 | 26,7 |
| Umweltorganisationen | 22,8 | 49,5 | 27,7 |
| Gewerkschaften | 31,7 | 31,8 | 36,4 |
| soziale Bewegungen | 19,0 | 40,8 | 40,3 |
| Globalisierungskritiker | 14,5 | 35,8 | 49,7 |
| Kirchen | 19,2 | 24,2 | 56,6 |
| Parteien | | | |
| CDU/CSU | 28,3 | 30,6 | 41,1 |
| SPD | 15,7 | 31,8 | 52,6 |
| PDS | 12,4 | 31,4 | 56,2 |
| B90/G | 9,7 | 33,9 | 56,4 |
| FDP | 6,1 | 29,7 | 64,2 |
| rechte | 2,6 | 4,4 | 93,0 |

Große Erwartungen an die Parteien – aber wenig Zuversicht

Obwohl die Parteien generell an Ansehen verlieren, sind die Erwartungen an sie hoch. Mit höchster Priorität erwartet man von ihnen in Ost und West eine Lösung der Arbeitsmarktprobleme. Bei den daran anschließenden Schwerpunkten gibt es deutliche Unterschiede zwischen Ost und West (Tabelle 2).

Im Westen folgen auf die Arbeitsmarktproblematik in der Problemrangfolge Wirtschaftskompetenz, soziale Sicherung, kompetente Bildungspolitik und Gesund-

heitspolitik. Im Osten nehmen die Minderung der Alltagsorgen, die Gesundheitspolitik, die Erwartung sozial gerechter Lösungen und die Bildungspolitik die nächsten Plätze ein, die Wirtschaftskompetenz folgt erst mit Abstand.

Tabelle 2

Erwartungen an Parteien
Für eine Partei, die mir sehr zusagt und die ich wahrscheinlich auch wählen würde, gilt:
 »Muss unbedingt sein« – Prozent

| | Muss unbedingt sein | | Ich kenne eine solche Partei | |
|--------------------------------|---------------------|------|------------------------------|------|
| | West | Ost | West | Ost |
| Arbeitsmarktpolitik | 73,0 | 64,2 | 31,6 | 31,6 |
| Wirtschaftskompetenz | 57,6 | 47,3 | 43,8 | 34,5 |
| soziale Sicherung | 57,3 | 47,8 | 33,7 | 29,4 |
| kompetente Bildungspolitik | 54,9 | 48,5 | 37,3 | 48,7 |
| Gesundheitspolitik | 54,7 | 37,0 | 36,4 | 63,6 |
| vertritt meine Interessen | 51,4 | 45,0 | 40,0 | 24,3 |
| innere Sicherheit | 51,3 | 46,3 | 52,9 | 44,4 |
| Alltagsorgen | 51,0 | 51,9 | 26,5 | 73,5 |
| gerechte Lösungen | 50,5 | 48,7 | 31,9 | 31,9 |
| prinzipienfeste Außenpolitik | 50,0 | 36,1 | 56,8 | 63,6 |
| Personen Ausstrahlung | 49,5 | 44,9 | 43,9 | 41,8 |
| Ideen für die Zukunft | 47,4 | 37,2 | 34,7 | 37,7 |
| Umwelt- u. Verbraucherschutz | 46,1 | 41,3 | 69,2 | 64,3 |
| Transparenz | 42,9 | 36,7 | 32,6 | 30,4 |
| offen für Gespräche | 41,4 | 37,4 | 34,0 | 35,1 |
| Wirtschafts- u. Technikpolitik | 38,1 | 41,8 | 39,8 | 35,2 |
| Diskussionskultur | 36,0 | 36,0 | 47,4 | 37,6 |
| öffentlichen Protest | 28,9 | 30,4 | 40,5 | 39,8 |

Komplex und anspruchsvoll sind die Erwartungen an die Parteien aber auch unterhalb dieser als besonders dringlich angesehenen Aufgabenfelder. Zukunftssicherung, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie politische Kultur gehören in die Liste der Erwartungen ebenso wie die Fähigkeit und Bereitschaft, öffentlichen Protest geltend zu machen.

Stellt man diese hohen Erwartungen gegen die Zuversicht, die die Befragten in die tatsächliche Problemlösungskompetenz der Parteien haben, zeigt sich indes eine tiefe Kluft. Nur in zwei Fällen – bei den Themen »prinzipienfeste Außenpolitik« und »Umwelt- und Verbraucherschutz« – bestätigt eine absolute Mehrheit in Ost und West, eine Partei zu kennen, die in der Lage sei, die Erwartungen erfüllen zu können. Beim Thema »Innere Sicherheit« gibt es eine solche absolute Mehrheit im Westen, bei den Themen »Gesundheitspolitik« und »Milderung der Alltagsorgen« im Osten. Ansonsten ist es offensichtlich Mehrheitsmeinung, dass die Parteien den Anforderungen nicht gerecht werden.

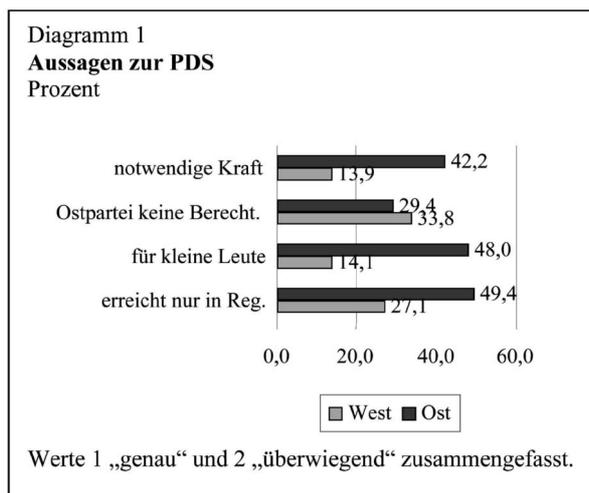
Parteienbild: Erstaunliche Präsenz der »Kleinen«

Fragt man nach den Quellen der Entstehung des jeweiligen Parteienbildes, so wird deutlich, dass im allgemeinen die Massenmedien, die regionalen Zeitungen und die »große« Politik die entscheidende Rolle spielen. Es folgen die Landespolitik und die Ausstrahlung wichtiger Persönlichkeiten. Der Kommunalpolitik, öffentlichen Aktionen und persönlichen Kontakten kommt demgegenüber ein geringeres Gewicht zu, Ideen und Vorschläge außerhalb des von den Massenmedien vermittelten Angebots spielen kaum eine Rolle.

Interessant ist, dass die kleineren Parteien eine stärkere öffentliche Präsenz haben, als das ihrem Gewicht in den politischen Kräfteverhältnissen entspricht.

Für die PDS im Osten ergibt sich das besondere Bild, dass hier gegenwärtig der Landespolitik und den regionalen Medien das größte Gewicht zukommt. Es folgen die Ausstrahlung der Persönlichkeiten und dann erst die bundesweiten Massenmedien. Öffentlichen Aktionen, persönlichen Kontakten und sogar den konkreten Ideen und Vorschlägen kommt – im Gegensatz zum generellen Trend – eine relativ große Bedeutung zu. Über die »große« Politik und die Kommunalpolitik wird hingegen relativ wenig Wirkung erreicht. Im Westen ist die Wahrnehmung der PDS deutlich niedriger als im Osten. Das relativ größte Gewicht für die Wahrnehmung haben hier die Massenmedien, regionale Zeitungen und öffentliche Aktionen.

Diagramm 1



Die PDS hat im Osten nach wie vor eine hohe Akzeptanz. 42 Prozent der hier Befragten halten sie für eine notwendige Kraft, 48 Prozent sehen in ihr eine Interessenvertretung für die »kleinen Leute«. Im Westen hingegen ist es noch immer eine Mehrheit, die ihr eine Existenzberechtigung überhaupt abspricht. Dennoch sind

fast 14 Prozent der im Westen Befragten der Auffassung, dass die PDS eine notwendige Kraft ist.

Niedrige Wahlbereitschaft, viele Wechselwähler

Die Bereitschaft, zu den Wahlen zu gehen und dabei die zuvor gewählten Parteien auch wieder zu wählen, ist mit 47 Prozent im Westen und 36 Prozent im Osten so niedrig wie nie zuvor. Der Anteil der Wechselwähler liegt bei rund 25 Prozent, der der gegenwärtig Unentschlossenen im Westen bei 14 und im Osten bei 18 Prozent, der der voraussichtlichen Nichtwähler im Westen bei 16 und im Osten bei 20 Prozent. Betroffen sind von diesen Entwicklungen alle Parteien, die Prozentzahlen gelten gleichermaßen für Frauen und Männer. Einen besonders großen Anteil an Nichtwählern gibt es bei den ganz Jungen und bei den Arbeitslosen. Die mittleren bis älteren Altersgruppen neigen relativ häufig zur Wechselwahl oder sind gegenwärtig unentschlossen.

Tabelle 3

Was könnten Gründe Ihrer Wahlbeteiligung sein? Ich wähle/werde wählen, weil...

Mehrfachantworten möglich, Nennungen in Prozent

| | West | Ost |
|--------------------------|------|------|
| aus Gewohnheit | 6,3 | 6,0 |
| Programm überzeugt | 17,8 | 19,2 |
| eng verbunden mit Partei | 17,7 | 13,3 |
| Protest ausdrücken | 33,7 | 38,7 |
| hohe Kompetenz | 21,8 | 19,1 |
| Bürgerpflicht | 42,8 | 28,1 |
| etwas verändern | 38,9 | 39,8 |
| kleinere Übel | 39,1 | 24,2 |
| anderer Grund | 9,8 | 6,4 |

Besonders wichtige Motivationen für das Wahlverhalten sind: eine allgemeine demokratische Orientierung, nach der das Wählen als Bürgerpflicht angesehen wird; die Absicht, etwas verändern zu wollen; oder das Ziel, mit der Wahlentscheidung Protest ausdrücken zu wollen. Eine gewissen Bedeutung haben auch die Wahrnehmung der Parteien, die Verbundenheit mit einer Partei und mit ihrer Programmatik, die Bewertung ihrer Kompetenzen. Aber diese Faktoren rangieren nicht so weit vorn, wie oft angenommen wird.

Bei den Gründen für wechselnde Wahlentscheidungen ragt die Enttäuschung mit Parteien und Politikern heraus. Als Gründe für ein Fernbleiben von den Wahlen werden vor allem allgemeiner Frust und Enttäuschung nach den letzten Wahlen genannt. Betroffen davon sind alle Parteien gleichermaßen.

Problem Nummer 1: der sichere Arbeitsplatz

Die Umfrage bestätigt: Die Menschen nehmen die Probleme in sehr komplexer Struktur wahr, haben ein starkes Empfinden dafür, dass es einen engen Zusammenhang zwischen den jeweiligen Einzelproblemen gibt. Wodurch vermittelt sich – außerhalb der unmittelbaren persönlichen Erfahrung – dieses Bild?

Die wichtigsten Quellen zur politischen Information – so zeigt die Umfrage – sind die Massenmedien. Zwischen Ost und West gibt es dabei nur graduelle Unterschiede. Am häufigsten genutzt werden zur Informationsgewinnung das öffentlich-rechtliche Fernsehen, die Nachrichten des Hörfunks und regionale Tageszeitungen. Auch Gespräche mit Freunden und Kollegen haben Bedeutung. 40 Prozent der Befragten geben dies an. Relativ häufig als Informationsquellen werden außerdem genannt: Privatfernsehen, Magazine, Wochenzeitungen und das Internet – letzteres im Osten übrigens deutlich seltener als im Westen. Überregionale Tageszeitungen werden etwa von einem Viertel der Befragten genutzt. Linke Zeitungen und Zeitschriften sind nur für eine Minderheit von Bedeutung.

In der aus unmittelbarer persönlicher Erfahrung und diesen Informationsquellen sich aufbauenden Problemwahrnehmung hat der sichere Arbeitsplatz oberste Priorität. Andere als besonders dringlich benannte Probleme sind Frieden, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit.

Tabelle 4.1.

Was sind ungelöste, brennende Probleme in der Gesellschaft?

Prozent zeilenweise

| | in der Gesellschaft | | | |
|-----------------------------|---------------------|----------|------|----------|
| | West | | Ost | |
| | ja | zum Teil | ja | zum Teil |
| sicherer Arbeitsplatz | 81,8 | 12,8 | 84,0 | 10,8 |
| Gesundheitsfürsorge | 68,2 | 25,4 | 77,0 | 18,4 |
| Sicherung des Friedens | 67,0 | 26,7 | 77,4 | 17,5 |
| Wirtschaftsentwicklung | 66,6 | 27,3 | 72,7 | 21,9 |
| soziale Gerechtigkeit | 63,7 | 29,3 | 76,3 | 18,1 |
| Ausreich. Einkommen | 62,4 | 29,2 | 64,6 | 28,3 |
| Schutz vor Kriminalität | 60,5 | 29,9 | 78,5 | 15,5 |
| soziale Sicherheit | 60,2 | 30,4 | 73,4 | 19,6 |
| Natur- u. Umweltschutz | 59,5 | 34,0 | 63,1 | 32,7 |
| politische Mitbestimmung | 58,8 | 31,4 | 70,2 | 24,2 |
| solidarische Beziehungen | 55,4 | 35,0 | 62,4 | 32,2 |
| Zusammenleben m. Ausländern | 50,0 | 38,5 | 48,2 | 38,7 |
| Rechtsextremismus | 48,6 | 34,8 | 66,5 | 22,3 |
| selbstbestimmt leben | 42,1 | 37,3 | 49,0 | 40,4 |
| beruflicher Aufstieg | 41,2 | 43,9 | 55,9 | 36,4 |
| Angleichung Ost u. West | 41,0 | 47,8 | 75,4 | 17,8 |
| Ausreichend Freizeit | 24,5 | 42,8 | 25,3 | 43,7 |

Im Osten werden soziale Probleme intensiver reflektiert als im Westen. Sie rangieren vor den wirtschaftlichen Problemen. Die Frage der Angleichung der Lebensbedingungen Ost an West hat im Osten unverändert einen hohen Stellenwert, im Westen nur einen geringen. Als besonders gewichtig benannt werden im Osten auch die Themen politische Mitbestimmung, solidarisches Zusammenleben der Menschen und Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Wo bleibt der geschaffene Reichtum?

Klüfte in der Problemwahrnehmung offenbaren sich bei einer Frage wie der, wo der geschaffene Reichtum bleibt.

Tabelle 4.2.

Meinungen zu: »Wo bleibt der geschaffene Reichtum?« »ganz genau« und »überwiegend« – Prozent zeilenweise

| | West | Ost |
|----------------------------------|------|------|
| als Profit konzentriert | 62,5 | 77,3 |
| Sozialhilfe Nichtarbeitswilliger | 31,7 | 15,7 |
| Spekulationsgeschäfte | 37,5 | 53,1 |
| Sozialeinkommen Arbeitsloser | 37,8 | 23,5 |
| Rüstung/Militäreinsätze | 32,5 | 54,7 |
| Umweltzerstörung | 20,4 | 34,5 |
| Alte versorgen | 20,7 | 9,5 |

77 Prozent im Osten meinen, er werde als Profit konzentriert, im Westen sind es nur knapp 63 Prozent. Hingegen sind 32 Prozent im Westen der Auffassung, der Reichtum »verschwinde« in der Sozialhilfe – im Osten meinen das nur 16 Prozent. 55 Prozent im Osten sind der Auffassung, der Reichtum werde für Rüstung und Militäreinsätze verwandt – im Westen sind es nur 33 Prozent.

Aber immerhin: Profit und Spekulation werden – trotz der genannten Unterschiede – insgesamt in Deutschland stärker als Ursachen für das »Verschwinden« von Reichtum verantwortlich gemacht als die Sozialkosten oder gar »Sozialmissbrauch«.

Zukunftsangst und widerspruchsvoller Veränderungsbedarf

Nur eine Minderheit in Deutschland meint, dass die Gesellschaft stabil sei und die Probleme nur aufgebauscht würden (Tabelle 5.1.)

Mehr als 70 Prozent im Osten und über 50 Prozent im Westen meinen, dass die Gesellschaft auf eine Katastrophe zusteuert, und mehr als 65 Prozent im Westen und über 80 Prozent im Osten artikulieren daher Veränderungsbedarf.

Tabelle 5.1.

Manche meinen, dass die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme Ausdruck einer generellen Krise der Gesellschaft sind. Andere sehen das nicht so. Was meinen Sie?

»ganz genau« und »überwiegend« – Prozent

| | West | Ost |
|----------------------------|------|------|
| Angst vor Zukunft | 47,8 | 70,5 |
| Gesellschaft stabil | 39,7 | 30,5 |
| Gesellschaft ändern | 66,6 | 83,0 |
| Probleme aufgebauscht | 29,5 | 29,7 |
| Steuern auf Katastrophe zu | 56,1 | 72,1 |

Auf die Frage, wie der Problemstau aufgelöst werden könne, plädiert eine absolute Mehrheit für Dialog, Ideensuche und Bürgerbeteiligung.

Tabelle 5.2.

Was muss Ihrer Meinung nach dringend geschehen, um angestaute Probleme in Deutschland zu lösen? Meine Meinung dazu ist...

»dafür« – Prozent

| | West | Ost |
|----------------------------------|------|------|
| radikale Einschnitte | 18,5 | 8,9 |
| Dialog und Ideensuche | 50,4 | 41,4 |
| polit. Veränd. Bürgerbeteiligung | 45,4 | 50,7 |
| starke Führung mit Härte | 18,3 | 15,5 |
| Orientierung regionale Lös. | 23,8 | 26,7 |
| Umvert. bei wirtschaftl. Stark. | 48,8 | 65,0 |
| Schaffung soziale Grundsich. | 46,5 | 57,0 |
| Privatisierungen | 16,2 | 23,3 |
| Nutzung Ost-Erfahrungen | 16,7 | 64,2 |

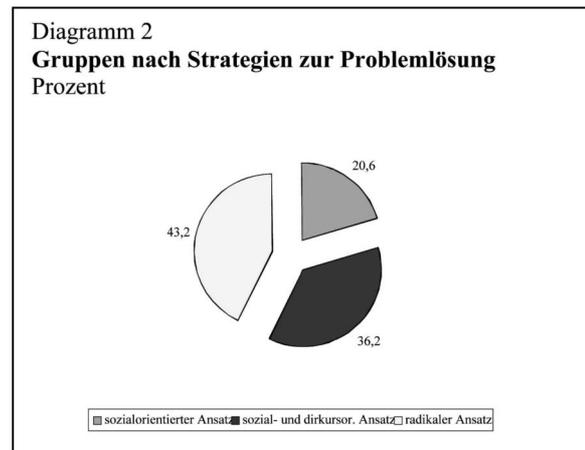
Die »harte Tour«, bei der die gesellschaftlichen Probleme mit radikalen Einschnitten, mit starker Führung, mit Härte und mit Privatisierungen zu lösen wären, stößt in dieser Eindeutigkeit nur auf wenig Gegenliebe. Nur eine Minderheit spricht sich – in Ost wie in West – für einen solchen Kurs aus. Mehr Akzeptanz finden Projekte wie eine soziale Grundsicherung, eine andere Umverteilung und mehr öffentlicher Diskurs.

In der Tabelle nicht enthalten sind allerdings Aussagen mit relativierter Zustimmung. Gerade bei der Frage nach den radikalen Einschnitten wurde aber eine solche relativierte Zustimmung besonders häufig zum Ausdruck gebracht. Berücksichtigt man diese Daten umfassend, schälen sich drei Gruppen mit voneinander deutlich unterschiedenen Antwortmustern heraus:

- Gruppe 1 mit starker Akzeptanz sozial orientierter Konzepte – sozialorientierter Ansatz;
- Gruppe 2, in der soziale und diskursorientierte Konzepte gleichermaßen unterstützt werden – sozial- und diskursorientierter Ansatz;

- Gruppe 3, die radikalere Konzepte neben anderen unterstützt – radikaler Ansatz.

Diagramm 2



Aus dieser komplexeren Sicht ist nun der radikale Ansatz der am häufigsten vertretene – auch wenn es nicht die absolute Mehrheit ist, die sich für ihn ausspricht. Der sozial- und diskursorientierte Ansatz wird gleichfalls von einer großen Gruppe geteilt, der »nur« sozialorientierte aber deutlich weniger. So spiegelt sich in der Summe nachdrücklich die intensive Wirksamkeit neoliberaler Konzepte und Auffassungen.

Aber eine absolute Mehrheit fordert – wengleich in unterschiedlich starker Ausprägung – die Entwicklung und Realisierung sozial- und diskursorientierter Strategien! Will Strategien der politischen Mitbestimmung und sozialen Gerechtigkeit, der Umverteilung von oben nach unten und der Öffnung für gesellschaftliche Diskurse. Dass dies alles unsicher bleibt, liegt offensichtlich an den Unschärfen und Überschneidungen in den inhaltlichen Angeboten der Parteien. In der PDS dominiert der sozial- und diskursorientierte Ansatz – der aber ist auch bei den Regierungsparteien SPD und Grünen relativ häufig zu finden. Was also macht seinen konkreten Inhalt aus? Wie klar unterscheidet er sich bei den verschiedenen Parteien voneinander? Welche Sicherheiten vermögen die Parteien gegen die zunehmende Verunsicherung zu setzen? Dies sind Fragen, die sich drängend aus den Umfragen ergeben.

Hohe Erwartungen an die Landespolitik

Angesichts der im Jahre 2004 anstehenden Landtagswahlen – darunter den für die PDS besonders bedeutsamen in den ostdeutschen Ländern Thüringen (im Juni), Brandenburg (im September) und Sachsen (ebenfalls im September) – ist es angezeigt, auf die hohen Erwartungen hinzuweisen, die heute auf die Landespolitik gerichtet sind.

Tabelle 6

Was wären wichtige politische Schritte oder Entscheidungen in Ihrem Bundesland?

»dringend notwendig« – Prozent

| | West | Ost |
|-----------------------------------|------|------|
| Angebote für Investoren | 35,5 | 38,0 |
| Hilfe wie Steuererleichterungen | 29,2 | 35,9 |
| Bedürfnisse sozial Schwacher | 34,2 | 52,8 |
| Veränderung Bildungspolitik | 63,3 | 71,1 |
| Volksentscheide | 44,4 | 54,8 |
| Mitspracherecht Kommunen | 32,2 | 50,4 |
| Präsenz der Polizei | 33,8 | 55,8 |
| Vorgehen Filz u. Parteienklüngel | 70,1 | 74,2 |
| Stärkung jetziger Landesregierung | 16,7 | 22,4 |
| Wechsel Landesregierung | 29,1 | 27,2 |

Zwei Aufgaben haben in Ost und West gleichermaßen Priorität: Veränderungen in der Bildungspolitik und die Erwartung, dass gegen Filz und Parteienklüngel in den Ländern vorgegangen wird. Aber auch auf anderen Politikfeldern sind die Erwartungen hoch: bei wirtschaftspolitischen Fragen (Angebote an Investoren, Steuerpolitik), auf dem Feld der Sozialpolitik (Bedürfnisse sozial Schwacher) und bei der Entwicklung der Demokratie (Volksentscheide, Mitspracherecht der Kommunen). Was den Osten betrifft, so ist hier der Erwartungsdruck insgesamt noch deutlich höher als im Westen.

Ob die gegenwärtigen Landesregierungen gestärkt oder ausgewechselt werden sollen, dazu sind die Meinungen überall geteilt. Im Umfeld der PDS wird auf sozialpolitischem Gebiet und bei der Demokratieentwicklung dringlicherer Handlungsbedarf artikuliert als im Umfeld anderer Parteien. Häufiger auch wird ein Wechsel der Landesregierung für notwendig angesehen.

Das Thema »Europa«

Die Europawahlen im Juni rücken auch dieses Thema stärker als sonst ins Interesse der Umfragen. Ganz allgemein lässt sich feststellen: Es gibt in der Bevölkerung nur geringe Kenntnisse über die Europäische Union, ihre Institutionen, ihre Politik und ihre Entwicklung.

Am ehesten ist noch bekannt, wie man sich über die Politik der EU informieren kann. Kenntnisse über die Aufgaben des Europäischen Parlaments, die Mitglieder dieses Parlaments oder den Verfassungsentwurf der EU hat nur eine kleine Minderheit.

In einer Rangfolge der für die Zukunft Europas wichtigen Themen ragen ein starker Beitrag der EU für den Frieden, die Selbständigkeit gegenüber den USA, die Sicherung von Sozialstandards, die Beteiligung der Bürger an der EU-Entwicklung und eine hohe Wertschätzung für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit heraus.

Tabelle 7

Zur Zeit scheinen auch Probleme und politische Themen Europas für viele Menschen bedeutsamer zu werden. Was wäre Ihrer Meinung nach für ein Europa der Zukunft besonders wichtig?

»wichtig« – Prozent

| | West | Ost |
|--------------------------------------|------|------|
| starker EU-Beitrag für Frieden | 86,2 | 87,4 |
| Selbständigkeit gegenüber USA | 84,1 | 79,9 |
| Sicherung Sozialstandard | 84,1 | 89,2 |
| Aufnahme vieler Staaten in EU | 24,6 | 36,2 |
| Selbständigkeit für Regionen | 51,8 | 64,2 |
| militärische Stärke EU | 30,2 | 35,2 |
| Beteiligung der Bürger an EU | 78,6 | 84,2 |
| Werte Freiheit, Gleichheit, Brüderl. | 70,6 | 79,5 |

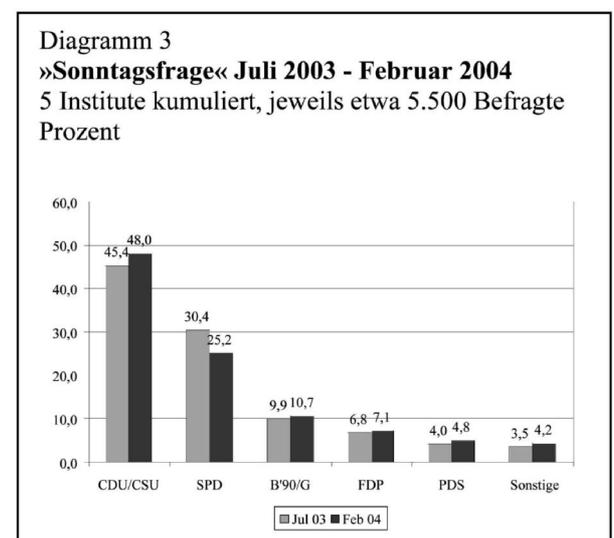
Für eine militärisch starke EU spricht sich hingegen nur etwa ein Drittel der Befragten aus. Große Skepsis – im Westen noch deutlicher als im Osten – gibt es hinsichtlich der Aufnahme weiterer Staaten in die EU. Für wichtig erachtet wird – wenn auch nur mit knapper Mehrheit – die Selbständigkeit der Regionen.

Bemerkenswert ist, dass es bei diesem Europa-Meinungsbild kaum Differenzierungen nach sozialen und politischen Merkmalen der Befragten gibt.

Besonderheiten im PDS-Umfeld

Bei der Befragung ist die »Sonntagsfrage« nicht gestellt worden. Der zeitliche Abstand zu den Wahlen im Jahre 2004 war zu groß, und es stehen zu den voraussichtlichen Wahlentscheidungen und entsprechenden politischen Kräfteverhältnissen genügend andere Daten zur Verfügung. Hier eine aktuelle Übersicht:

Diagramm 3



Eine umfassende Kommentierung erübrigt sich, sie findet fast täglich statt. Bezüglich der PDS, die in verkürzten Darstellungen häufig nicht genannt wird, ist festzustellen, dass sie sich aus dem Tief, in dem sie seit dem Sommer 2002 bis weit in das Jahr 2003 hinein steckte, allmählich heraus bewegt.

Ob sich dieser Trend bestätigt, werden zunächst die Europa- und die Landtagswahlen im Juni zeigen. Die Bereitschaft, sich an den Europa- und Landtagswahlen zu beteiligen, ist im PDS-Umfeld hoch.

Tabelle 8.1.

Aussagen zur Beteiligung an Landtags- und Europawahlen 2004
Nach PDS-Potenzialen
 Prozent zeilenweise

| | PDS-Orientierte | PDS-Interessierte | andere |
|-------------------|-----------------|-------------------|--------|
| bestimmt wählen | 76,0 | 76,6 | 51,4 |
| andere Partei | 19,1 | 20,8 | 15,0 |
| vielleicht wählen | 4,9 | | 19,0 |
| nicht wählen | | 0,7 | 5,1 |
| ganz sicher nicht | | 1,8 | 9,6 |

Eine gewisse Rolle spielen aber auch Überlegungen, die Partei zu wechseln oder den Wahlen fern zu bleiben.

Tabelle 8.2.

Gründe für Wahlbeteiligung
Auswahl, nach PDS-Potenzialen
 Mehrfachantworten möglich, Nennungen in Prozent

| | PDS-Orientierte | PDS-Interessierte | andere |
|----------------------|-----------------|-------------------|--------|
| Programm | 23,4 | 22,5 | 16,1 |
| mit Partei verbunden | 21,3 | 30,1 | 11,8 |
| Protest | 43,0 | 46,9 | 29,3 |
| verändern | 50,6 | 45,1 | 35,9 |

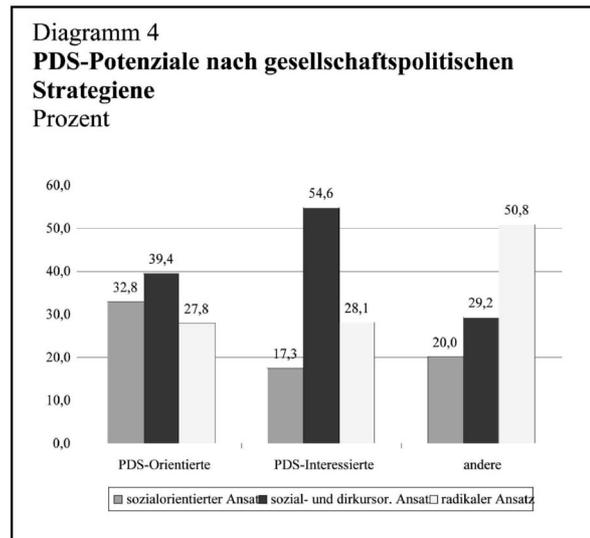
Die beiden in der Tabelle genannten Gruppen »PDS-Orientierte« und »PDS-Interessierte« konnten auf der Grundlage von Angaben zusammengefasst werden, die Schlussfolgerungen hinsichtlich einer Interessenvertretung [durch] die PDS (PDS-Orientierte) bzw. eines Interesses [für] die PDS zulassen.

Bei den Wahlmotiven haben Parteiprogrammatik und Verbundenheit mit der Partei eine relativ große Bedeutung, noch größere Bedeutung aber haben das Protestmotiv und der Wunsch, etwas verändern zu wollen. Die Probleme der Gesellschaft werden im Umfeld der PDS ebenso überwiegend kritisch gesehen wie von anderen Teilen der Öffentlichkeit auch. Ein besonders starkes Problembewusstsein gibt es bezüglich der politischen Mitbestimmung, der sozialen Gerechtigkeit und der

Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost und West. Im Umfeld der PDS werden die Zukunftsaussichten noch pessimistischer beurteilt als anderswo, und der Veränderungsbedarf wird intensiver zum Ausdruck gebracht.

Von den weiter oben genannten drei Ansätzen wirkt im Umfeld der PDS der sozial- und diskursorientierte Ansatz am stärksten. Das gilt vor allem für die PDS-Interessierten.

Diagramm 4



Bei den PDS-Orientierten ist der »rein« sozialorientierte Ansatz ebenfalls sehr stark ausgeprägt. Bedeutungsvoll ist außerdem, dass der radikalere Ansatz von jeweils einem reichlichen Viertel vertreten wird.

Betrachtet man die PDS-Potenziale nach sozialen Merkmalen, so fällt auf, dass Frauen im Kern des PDS-Umfeldes einen hälftigen Anteil haben, aber insgesamt ist für das Umfeld ein Frauendefizit zu konstatieren (Tabelle 8.3.).

Die jüngere Generation wird gegenwärtig – verglichen mit den Wahlen von 2002 – wieder besser erreicht. Defizite gibt es in den mittleren Generationen, der Anteil der Alten ist relativ groß. Das soziale Profil des PDS-Umfeldes wird durch Studierende und Menschen mit Abitur geprägt, Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen sind unterrepräsentiert. Es gibt Anzeichen dafür, dass die PDS die Gruppe der modernen Produzenten und Dienstleister wieder besser zu erreichen vermag.

Wie man aber insgesamt der allgemeinen Verunsicherung, wie sie durch die Hegemonie neoliberaler Politik und Konzepte entstanden ist, mit schlüssigen Alternativen entgegen treten kann: Dies ist eine Frage, die – wie auch diese Umfrage zeigt – von der Linken nicht beantwortet ist. Sie bleibt die entscheidende Herausforderung

– für Parteien wie auch für die zunehmend an Vertrauen gewinnenden Verbände und sozialen Bewegungen.

Tabelle 8.3.

PDS-Potenziale nach ausgewählten sozialen Merkmalen

Prozent spaltenweise

| | PDS- Orientierte | PDS- Interessierte | andere |
|--------------------------|---------------------|-----------------------|--------|
| <i>Geschlecht</i> | | | |
| Frauen | 52,1 | 46,9 | 53,9 |
| Männer | 47,9 | 53,1 | 46,1 |
| <i>Alter</i> | | | |
| bis 20 Jahre | 6,5 | 7,1 | 8,7 |
| 21-30 Jahre | 12,2 | 14,0 | 11,0 |
| 31-40 Jahre | 16,3 | 17,1 | 18,5 |
| 41-50 Jahre | 14,7 | 15,8 | 17,8 |
| 51-60 Jahre | 15,1 | 13,2 | 16,3 |
| 61-70 Jahre | 15,9 | 14,9 | 15,6 |
| über 70 Jahre | 19,2 | 18,0 | 12,1 |
| <i>Bildung</i> | | | |
| Hauptschule | 13,0 | 12,5 | 16,9 |
| mittlere Reife | 25,1 | 20,0 | 33,6 |
| Abitur | 18,6 | 17,6 | 20,2 |
| Studium | 43,3 | 49,8 | 29,2 |